

AUFRUF
Große Demo
am 13. Oktober
in Karlsruhe!

Solidarity4All

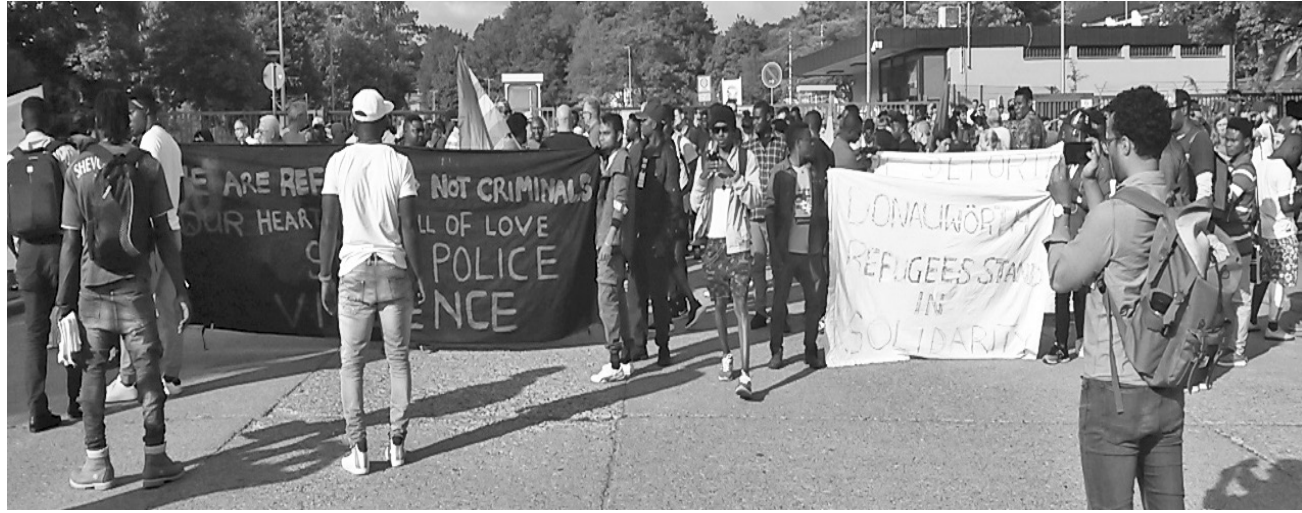
Zeitung gegen Ausgrenzung und Rassismus

www.stop-deportation.de

Herausgegeben vom Antirassistischen Netzwerk Baden-Württemberg

Ausgabe 3, September 2018

Warum demonstrieren wir in Karlsruhe?



Demonstration der Bewohnerinnen der Landeserstaufnahmeeinrichtung Ellwangen gegen den massiven Polizeieinsatz am 3. Mai 2018

Baden-Württemberg hat als erstes Bundesland am 15. September 1980 Sammellager eingerichtet.

Am 13. Oktober 2018 demonstrieren wir in der Stadt in der die Massenunterbringung von Geflüchteten in Sammellagern ihren Anfang nahm. „Kommt nicht nach Baden-Württemberg, dort müsst ihr ins Lager verkündete Ministerpräsident Lothar Späth in den 80er Jahren. Gemäß seinem politischen Leitsatz wurde in den letzten Jahrzehnten eine Politik der Ausgrenzung und Diskriminierung durch eine immer perfidere Massenlagerpolitik durchgesetzt. Gegen die Beseitigung der Flüchtlingsrechte gab es schon immer politischen Protest.

„Gefangene haben teilweise humanere Bedingungen als Asylbewerber im Lager.“

„Asylanten-Sammellager“ haben die Funktion „einer Abschreckungsmaßnahme“ so Lothar Späth. Ab dem 15. September 1980 werden Geflüchtete in Sammellager untergebracht. U.a. in Karlsruhe, Konstanz, Tübingen und Donaueschingen. Die Regierungspräsidien (RP) sind dafür verantwortlich. Der FDP-Landtagsabgeordnete Enderlein 1981 fasste es nach einem Besuch im Tübinger Sammellager so zusammen: „Gefangene haben

teilweise humanere Bedingungen als Asylbewerber im Lager.“

39 Jahre Etablierung funktionaler Lager

Die ZASt in der Wolfartsweierer Straße in Karlsruhe wurde 1979 eingerichtet. Das RP Karlsruhe ist von der ersten Stunde bei der Etablierung funktionaler Flüchtlingslager involviert. Regierungsdirektor Bernd Aker vom RP Karlsruhe sagte, dass man durch eine „Kasernierung von Asylbewerbern in der zentralen Anlaufstelle in Karlsruhe“ sogenannte Wirtschaftsflüchtlinge zurückdrängen kann. Arbeitsverbote und ausschließliche Sachleistungsversorgung wurden eingeführt. 1982 wurde in der ZASt erstmals eine Außenstelle des Bundesamtes für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge errichtet. Schnellere Verfahren und Abschiebungen sind das Ziel. Am 1. Januar 1989 wurde das in der ZASt entwickelte „Karlsruher-Modell“ umgesetzt. Asylanträge für bestimmte Länder waren nur noch in der ZASt möglich. Der Bundesamtschef von Nieding erklärte, dass der Ausschluss von Beratung und Information der Geflüchteten eines der Ziele des „Karlsruher Modells“ sei. Am 1. Oktober 89 wurde das „Karlsruher Modell“ bundesweit eingeführt. Beim RP-Karlsruhe wird am 1. Juli 89 vorübergehend

eine zentrale Abschiebestelle eingerichtet.

Anfang der 90er Jahre wurden in Baden-Württemberg ‚Bezirksstellen für Asyl‘ durchgesetzt. Ziel war die Aussortierung von Geflüchteten und Verkürzung der Verfahren auf 6 Wochen. Alle am Asylverfahren beteiligten Behörden waren in den Sammellagern präsent. Diese Bezirksstellen gelten als Vorläufer der AnKER-Zentren. Die Praxis der Aussortierung von Asylantragsteller*innen führte zur Änderung des GG-Artikels 16 Asylrecht.

In Mannheim und in Rottenburg wurden nach 1993 Abschiebegefängnisse eingerichtet. 1998 gab es 59 Sammellager in Baden-Württemberg. Die Zahl der Asylanträge sank 2007 auf 1.595 in BW. Zwischen 1995 bis 2012 nahm BW keine größere Anzahl von Geflüchteten auf. 2015 wurde in Heidelberg ein neuer funktionaler Lagertyp, das Registrierzentrum getestet. Auch das RP Karlsruhe ist eingebunden. Das Registrierzentrum steht für die Digitalisierung und neuem ‚Asyl-Modellverfahren‘. Die E-Akte führt zu einer stärkeren Kontrolle und Überwachung von Geflüchteten. Die Asylverfahren sollen auf 24 bis 48 Stunden verkürzt werden. Sämtliche Gesetzesänderungen von 2014 bis 2017, die zu weiteren rechtlichen Einschnitten für

Geflüchtete führen, werden in den neuen „Landeserstaufnahmeeinrichtungen“ umgesetzt.

Aufgaben des RP-Karlsruhe

Das RP Karlsruhe war verantwortlich für Abschiebungen aus Süddeutschland in den Kosovo und ist für Abschiebungen von tausenden Roma in den Balkan; Beantragung von Abschiebehaft und Zwangsvorführungen vor Botschaftsdelegationen; Durchführung von Abschiebungen als zentrale Abschiebebehörde; für Abschiebekosten die den Betroffenen in Rechnung gestellt werden. Es ist zuständig für Einreise- und Aufenthaltsverbote und die Landeserstaufnahmeeinrichtung in Karlsruhe. Es entscheidet über Duldungen, Abschiebungen von kranken Personen, Ausbildungsduldungen und vieles mehr. In den letzten 39 Jahren wurden zahlreiche Flüchtlingsrechte beseitigt, die nur mit Hilfe von Massenlagern durchgesetzt werden konnten. Geflüchtete wurden als Menschen zweiter Klasse vorgeführt in dem man ihnen den Zugang zur Gesellschaft durch Arbeitsverbote, Sachleistungsversorgung und Residenzpflicht verwehrte.

Diese Politik und eine inszenierte „Asylmissbrauchsdebatte“ hat rassistische und faschistische Gruppierungen Anfang der 90er Jahre zu Brandanschlägen motiviert. Es kam zu Toten und Verletzten. Wieder werden funktionale Lager und Abschiebegefängnisse gebaut und wieder gibt es eine politische Zuarbeitung an rassistische und neofaschistische Gruppen und Parteien. Dies gilt es zu stoppen.

Verteidigen wir das Asylrecht! Für die Abschaffung von Sammellagern!

Walter Schlecht,
Aktion Bleiberecht Freiburg

Zur Demonstration am 13.10.2018 in Karlsruhe rufen auf:

- AK Asyl Geislingen
- „Arbeitskreis Miteinander“ Kreis Lörrach
- „Freundeskreis Hattenhofen“
- Antifa Reutlingen Tübingen [ART]
- AK Asyl Stuttgart
- Aktion Bleiberecht Freiburg
- Aktionskreis Internationalismus Karlsruhe
- Anarchistische Gruppe Freiburg
- Antifaschistische Initiative Heidelberg (AIHD/IL)
- ARBEITSKREIS ASYL Schwäbisch Gmünd e.V.
- Arbeitskreis ProAsyl e.V. Villingen-Schwenningen
- bleib - Bündnis für Bleiberecht Oberschwaben-Bodensee
- Bündnis Bleiberecht Tübingen
- Bündnis gegen Abschiebungen (BgA) Mannheim
- Bündnis Stuttgart Ökologisch Sozial - SÖS
- Coalition Internationale des Sans-Papiers Migrant(e)s (CISPM Mannheim)
- Democratic Front for Eritrean Unity (DFEU)
- DIE LINKE Baden-Württemberg
- DIE LINKE Kreisverband Esslingen
- DIE LINKE KV Karlsruhe
- Flüchtlingshilfe Blaustein e.V.
- Flüchtlingsrat Baden-Württemberg
- Fluchtpunkte e.V. Tübingen
- Forum Asyl Pforzheim
- Forum Azilon - Asyl und Menschenrecht Konstanz
- Fraktion Unabhängige Listen – Freiburg
- Freiburger Forum aktiv gegen Ausgrenzung
- Freie Arbeiter*innen Union Freiburg
- Freundeskreis Asyl Balingen
- Freundeskreis Asyl Blaubeuren
- Freundeskreis Asyl Radolfzell e.V.
- Freundeskreis Asylcafé Sondelfingen
- Freundschafts- und Solidaritätsverein Stuttgart e.V. (DIDF Stuttgart)
- Geflüchtete verschiedener Länder
- Gesellschaft für bedrohte Völker Regionalgruppe Karlsruhe
- GLOBAL e.V. Bad Waldsee
- Initiative gegen Rechts Pforzheim
- Initiative Nachbarschaftshilfe für Flüchtlinge in Steinen
- Integration Blaubeuren
- Interventionistische Linke Karlsruhe (IL)
- Interventionistische Linke Stuttgart (IL)
- Komitee für Grundrechte und Demokratie
- Liberación eV Karlsruhe
- Libertäre Gruppe Karlsruhe
- Linksjugend Freiburg
- Lokomotive Stuttgart Trommlerin
- MediNetz Freiburg
- MediNetz Rhein-Neckar e.V.
- Michel Brandt (MdB DIE LINKE)
- MITEINANDER - BürgerEngagement für Asylsuchende Esslingen
- MLPD Baden-Württemberg
- Offenes Antirassistisches Treffen Karlsruhe
- OTKM Karlsruhe
- Partei MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ
- pax christi-Diözesanverband Freiburg
- refugees for refugees Stuttgart
- Schlüsselmensch e.V. Freiburg
- Seebrücke Bündnis Karlsruhe
- Stoffwechsel e.V. Karlsruhe
- Unabhängige Frauen Freiburg
- Unabhängiger Freundeskreis Asyl Murrhardt
- Uni für Alle Freiburg e.V.
- United Refugees Rights movement e.V. Karlsruhe
- Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschist*innen Baden Württemberg
- WVN-BdA Kreisvereinigung Esslingen
- WVN-BdA Kreisvereinigung Heidelberg

Landesweite Demonstration gegen nationalistische und rassistische Hetze!

Stoppt den Wettlauf zur Ausgrenzung und Entrechtung! Gleiche Rechte und ein gutes Leben für Alle! Nationalismus! Rassismus! Abschiebungen! Nicht mit uns! #AntiRa-BaW

Die vom Antirassistischen Netzwerk Baden-Württemberg organisierte Demonstration wird vom Flüchtlingsrat Baden-Württemberg und von zahlreichen Gruppen und Organisationen unterstützt. Unterstützung bitte an info@stop-deportation.de melden.

Damals wie heute lehnen wir eine menschenverachtende Ausgrenzung und Diskriminierung von Menschen in Massenlagern ab. Am 26. Mai 1993 wurde das originäre Asylrecht in Deutschland faktisch abgeschafft. 25 Jahre später will die EU den Zugang zum Recht auf Asyl in Europa systematisch verhindern. Seenotrettung und Hilfe für Geflüchtete werden kriminalisiert. Schutzsuchende sollen in und außerhalb der EU in Lagern isoliert werden. Warum demonstrieren wir in Karlsruhe? Das Regierungspräsidium Karlsruhe trägt als zentrale Ausbehörde von Baden-Württemberg bei der Etablierung von Sammellagern bis heute eine zentrale Verantwortung.

Hier wurden ab 1980 als „Abschreckungsmaßnahme“ die ersten Massenlager in Deutschland eingerichtet und erstmals Arbeitsverbote, Leistungssenkungen, Sachleistungen und die Residenzpflicht eingeführt und später bundesweit angewandt. Seit es Menschen gibt, gibt es Migration! Und diese kann letztendlich durch keine Abschreckungsmaßnahme oder immer höhere Zäune verhindert werden. Schließt euch dem Protest an! Wir brauchen solidarische Zufluchtsstädte, wo nicht nach dem Aufenthaltsstatus gefragt wird und in denen die Freiheits- und sozialen Rechte aller Einwohner*innen garantiert werden. Gegen institutionellen Rassismus, Sammellager und das unmenschliche Abschieberegime!

Solidarity4all! Globale Bewegungsfreiheit ist unser Ziel!

**Samstag den 13. Oktober 2018 Karlsruhe
Auftrittkundgebung: Bahnhofsvorplatz 14 Uhr
Abschlusskundgebung mit Musik: Kronenplatz**

links

An die Schweigenden und Sprachlosen Zweieinhalb Jahre Abschiebegefängnis Pforzheim



Demonstration des antirassistischen Netzwerks Baden-Württemberg am 13. Mai 2017 gegen das Abschiebegefängnis in Pforzheim

Das Innenministerium von Baden-Württemberg führt ungehindert den Ausbau der Abschiebehaftanstalt in Pforzheim weiter. Aktuell befinden sich die Insassen im Durchschnitt 26 Tage in Haft und das Gefängnis ist zu ungefähr 90% ausgelastet. Das Pforzheimer Abschiebegefängnis ist das einzige in Baden-Württemberg. Der Hintergrund für die Einrichtung von Abschiebegefängnissen ist, dass die Häftlinge nicht gemeinsam mit Straftätern untergebracht werden dürfen. Und das aus gutem Grund: Die Inhaftierten sind keine Straftäter, meist werden sie inhaftiert um ihre Abschiebung zu erleichtern. Neben der Gefängnisleitung und Sozialarbeiter*innen gehört ein sogenannter „Beirat“ zum Konzept des Pforzheimer Gefängnis. Dieser Beirat hat aber nur eine beratende Rolle für die Gefängnisleitung und kontrolliert in keinster Weise die Vorgänge durch z.B. unangemeldete Besuche im Gefängnis.

Pforzheimer Gefängnis wird mit harter Hand geführt

Im Vergleich zu anderen Abschiebegefängnissen in Deutschland ist das Gefängnis eines derer, das mit „harter Hand“ geführt wird. Das belegen Berichte von Häftlingen, Seelsorger*innen, Berater*innen von kirchlichen Trägern und der vor-

Ort aktiven Amnesty International Gruppe. So berichtete ein algerischer Inhaftierter von tagelanger Einzelhaft mit Hofgängen in den frühen Morgenstunden ohne Kontakt zu anderen Inhaftierten. Bei Beratungsgesprächen zeigt sich immer wieder die große Verzweiflung der Menschen die in Pforzheim inhaftiert werden. Nach einer gefährlichen Flucht in das vermeintlich sichere Deutschland finden sich die Menschen aus fast 50 verschiedenen Nationen in einem deutschen Gefängnis wieder. Sie haben sich nur aus Angst vor einer Abschiebung in ihr Heimatland, in dem sie verfolgt oder von Kriegen und Hunger bedroht sind, in Sicherheit bringen wollen.

In Pforzheim bildete sich im Sommer 2017 der „Arbeitskreis Abschiebehaft“, bestehend aus Vertreter*innen kirchlicher Träger, dem Flüchtlingsrat Baden-Württemberg, Ehrenamtlichen von „Forum Asyl Pforzheim“ und Aktivist*innen von Amnesty International. Ziel des Arbeitskreises ist zum einen die seelsorgerische Betreuung und Vermittlung von anwaltlicher Unterstützung für die inhaftierten Menschen, zum anderen versuchen die Engagierten auf die Missstände im Gefängnis in Pforzheim aufmerksam zu machen.

Dazu gehören die fehlenden Möglichkeiten für

eine offene Beratung. Die Berater*innen können, wie jeder andere auch, einen Besuch bei einer inhaftierten Person anmelden. Jedoch nur mit der Voraussetzung, dass der Name des Inhaftierten bekannt ist. Außerdem kommt es immer wieder zu völlig überzogenen Einlasskontrollen. Ehrenamtliches Engagement wird von der Gefängnisleitung weitgehend unterbunden. Genauso wie die Möglichkeit Gottesdienste mit den Menschen im Gefängnis zu feiern. Solche Anfragen werden durch die Gefängnisleitung entschieden, eine Kontrolle ob die Inhaftierten über die Angebote informiert wurden ist nicht möglich. Entlassene berichten aber immer wieder, dass sie nichts von Beratungs- oder Seelsorgeangeboten mitbekommen haben.

Fehlende Moral und Menschlichkeit

Die Öffentlichkeit ist zum Thema Abschiebegefängnis höchst gespalten. Zum einen gibt es eine nicht allzu große Gruppe von Engagierten, die sich für das Schicksal der Menschen im Gefängnis interessiert, Demonstrationen gegen das Gefängnis organisiert und immer wieder für eine Abschaffung dieser unmenschlichen Abschiebemaschine einsteht. Natürlich gibt es auch die bekannten Vertreter*innen der

„Härter, schneller, weiter“-Abschiebungsbefürworter die sich am Ausbau und gut funktionierendem Abschiebegefängnis erfreuen. Die größte und am meisten Sorgen bereitende Gruppe sind jedoch die Schweigenden, Sprachlosen und Desinteressierten. So wissen viele Pforzheimer*innen nicht einmal um die Geschehnisse in der Rohrstraße. Viele von ihnen sehen täglich die abschreckende Fassade des ehemaligen Jugendstrafgefängnisses und denken, dass dort weiterhin straffällig gewordene Jugendliche einsitzen. Diese Menschen lassen die Fragen nach fehlender Moral und Menschlichkeit durch ihr Schweigen immer lauter werden! Warum empört es niemanden, wenn in der Presse über geplante Inhaftierungen von Frauen und Kindern in Pforzheim geschrieben wird? Warum solidarisieren sich so wenige mit den verängstigten und schuldlosen Menschen? Ist es doch ein schweigender Rassismus der hier zu Tage tritt?

Ist die rote Linie bereits überschritten?

Oft hört man die selbstberuhigende Begründung „Die werden schon etwas ausgefressen haben wenn sie im Knast sitzen!“ ohne auch nur einen Funken über die Schicksale und Gründe für die Inhaftierung zu kennen!

Es stellt sich die Frage nach der „roten Linie“. Wo ist der Punkt an dem die Mehrheit in Pforzheim, Deutschland und Europa aufsteht und sagt: „Nicht mit uns!“? Je mehr man sich über die Situation im Pforzheimer Abschiebegefängnis informiert, desto mehr kommt einem der Gedanke, dass diese rote Linie schon lange überschritten wurde! Und niemand beschwert sich! Hier beginnt nun die reale Gefahr! Unter dem Mantel der schweigenden Mehrheit ausbreitet, werden, in der Geburtsstadt des Humanisten Johannes Reuchlin, Menschen wie der letzte Dreck behandelt. Ihr Leben, ihre Träume und ihre Hoffnungen werden in den langen, zermürbenden Tagen in den Pforzheimer Gefängniszellen zerstört!

Menschliche Existenzen werden zerstört

Die Verantwortung für die stillschweigend hingegenommene Zerstörung menschlicher Existenzen, die alles für eine sichere Zukunft in Deutschland aufgegeben haben, kann aber gar nicht laut und schrill genug aus diesen Zeilen schreien! Jeder und jede sprachlose, schweigende und desinteressierte Person muss sich seiner Verantwortung bewusst werden! Der kleinste Funke an Mitgefühl sollte eigentlich ausreichen um sich zu fragen was getan werden könnte. Eine Unterhaltung im Familien- und Freundeskreis, Nachfragen bei lokalen Politikern, entsprechende Wahlentscheidungen oder die Teilnahme an einer der vielzähligen Demonstrationen im ganzen Land können helfen diesem Wahnsinn ein Ende zu bereiten!

Die Pforzheimer Engagierten werden sich weiterhin mit den inhaftierten Menschen solidarisieren! Wer inhaftierte Menschen im Pforzheimer Gefängnis kennt und Hilfe organisieren möchte kann sich an die Gruppe Forum Asyl Pforzheim wenden!

Christian Schmidt,
Forum Asyl Pforzheim

Ankerzentren sind keine Lösung – sie schaffen nur noch mehr Probleme

Von der CSU wird ständig behauptet, Ankerzentren sind das neue Erfolgsmodell und sollen daher bundesweit eingesetzt werden, um die sogenannte „Flüchtlingsproblematik“ zu lösen. Letztendlich ist das weder etwas Neues, noch lösen sie irgendwelche scheinbaren Probleme: Am 1. August hat die Bayerische Staatsregierung alle Transitlager und Erstaufnahmeeinrichtungen in Ankerzentren umbenannt. Dadurch hat sich zum vorherigen Zustand aber kaum etwas geändert. Als neue innovative Idee wurde die Ansammlung von Behörden auf dem Gelände verkauft, damit schneller über den Asylantrag ent-

schieden werden könne. Für die Transitlager war das aber nichts Neues und zu einer schnelleren Entscheidung hat dies auch nicht geführt. Die Bewohner*innen des Lagers müssen somit unter lebensunwürdigen Bedingungen dort ausharren, bis sie eine positive Entscheidung bekommen oder abgeschoben werden:

Es gibt keine Privatsphäre. Die Menschen dort müssen auf engstem Raum in Mehrbettzimmern zusammenleben und können nicht einmal ihre Zimmer abschließen. Alle dort untergebrachten Menschen unterliegen einem Arbeitsverbot. Es gibt sogenannte Beschäftigungs-

möglichkeiten, die mit 80 Cent pro Stunde vergütet werden. Wenn sie diese verweigern, werden ihnen die Leistungen gekürzt. Als Sozialleistungen erhalten sie ein sogenanntes „Taschengeld“. Das sind 100 – 120 Euro pro erwachsene Person, welche ihnen zum Teil mittels rechtswidriger Bescheide ganz gestrichen werden. Sie können sich somit eine*n Anwalt*in kaum leisten. Ehrenamtlichen Unterstützer*innen wird der Zugang zu den Lagern so schwer wie möglich gemacht beziehungsweise in den meisten Einrichtungen sogar ganz verwehrt. Aufgrund der Abschottung der Lager ist der Kontakt zur lokalen Bevölkerung schwierig. Dies fördert Vorurteile

und Zulauf für Rechtsextreme. Gewalt durch Securitys ist in den Lagern keine Seltenheit. Da sie kaum kontrolliert werden, nutzen einige ihre Machtposition aus. Aus diesem Grund kommt es regelmäßig zu Übergriffen seitens Mitarbeiter*innen von Sicherheitsdiensten. Wird die Polizei gerufen, ignoriert sie diese Zustände. Die Betroffenen trauen sich daher kaum in die Öffentlichkeit zu treten. Die Kinder in den Lagern dürfen nicht in normale Schulen gehen. Zwar gibt es in den Masslagern Schulen, diese erfüllen aber nicht ihren eigentlichen Zweck. Sie unterliegen keinem genauen Lehrplan und es gibt im besten Fall Sprachunterricht.

Den einzigen Zweck, den die Lager erfüllen sind Desintegration und Abschreckung. Für die Menschen in den Lagern wird die Integration unmöglich gemacht. Es werden zahlreiche Grundrechte unterlaufen und es gibt keine professionelle Unterstützung und Beratung zur Durchführung fairer Asylverfahren. Diese Atmosphäre führt zu gesundheitlichen Schäden für die dort lebenden Geflüchteten. Das bayerische Lagersystem ist somit untauglich und menschenunwürdig. Es taugt nicht als bundesweites Modell!

Thomas Bollwein,
Bayerischer Flüchtlingsrat

Ellwangen – ein Exempel



Pressekonferenz am 9. Mai 2018 der Bewohner*innen der Landeserstaufnahmeeinrichtung Ellwangen

Der brutale Polizeieinsatz am 3. Mai 2018 im Flüchtlingslager in Ellwangen, bei dem sich die Frage stellt, ob er überhaupt rechtlich legitimiert war, war kein Einzelfall. Er reiht sich ein in eine Vielzahl ähnlicher Vorfälle, die lediglich nicht in gleicher Form medial begleitet wurden. Was war geschehen? Am 30. April 2018 sollte ein Geflüchteter aus Togo von der Polizei abgeholt werden, um ihn nach Italien abzuschicken. Eine immer wieder vorkommende Aktion bei der viele Heimbewohner geweckt und aufgeschreckt werden. Etwa 50 Heimbewohner verfolgten die Festnahmeaktion mit Unmutsäußerungen und protestierten gegen die Abschiebemaßnahmen. Die Polizisten zogen letztlich ab, ohne den Mann aus Togo mitzunehmen. Aus dem verbalen Protest der Geflüchteten wurde von den Medien und den bürgerlichen Parteien eine in dieser Form noch nicht dagewesene Hetzkampagne gegen die Geflüchteten losgetreten. Von Gewalt gegen Polizisten, Gefangenenbefreiung, Drogen und Waffen war die Rede. Die

Darstellungen der Geflüchteten wurden ignoriert, die Erklärungen der Polizei ohne Überprüfung übernommen.

Am 3. Mai erfolgte dann der Großeinsatz mit mehr als 500 Polizeispezialeinsatzkräften, die ohne Not gleichzeitig die nicht geschlossenen Zimmertüren eintraten, Menschen aus den Betten zogen, willkürliche Festnahmen vornahmen. Gegen 23 Geflüchtete hat die Polizei nach der Razzia Ermittlungsverfahren wegen Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte eingeleitet, sieben von ihnen in Untersuchungshaft genommen. Nach außen wurde die Polizeiaktion damit gerechtfertigt, die Geflüchteten hätten in ihren Zimmern vermutlich Waffen gehortet. Waffen wurden jedoch nicht gefunden. Darum ging es auch gar nicht. Ziel der Aktion war die Einschüchterung und Kriminalisierung „der Afrikaner“ im Lager. Ein vergleichbarer polizeilicher Großeinsatz ereignete sich am 14. März 2018 in Donauwörth. Geflüchtete protestierten zuvor gegen die Entrechtung, Gewaltan-

wendung und Schikane durch das „Sicherheitspersonal“ im Lager. Anlass der Proteste waren auch die Verweigerung von medizinischer Behandlung und Nichtauszahlung von Taschengeld.

Ob in Ellwangen oder anderswo, mit den Polizeiaktionen soll den Geflüchteten vermittelt werden, daß jeder Protest und Widerstand gegen die Situation in den Lagern und gegen die Abschiebungen sinnlos sind. Die Geflüchteten sollen gezwungen werden ihre Entrechtung klaglos hinzunehmen und an ihrer eigenen Abschiebung mitzuwirken. Verdeutlicht werden soll auch, dass sich Selbstorganisation nicht lohnt. SprecherInnen der Geflüchteten werden umgehend in andere Lager verlegt. Deren Abschiebung wird von den Behörden mit besonderem Engagement betrieben.

In der Öffentlichkeit wird am Bild vom „kriminellen Afrikaner“ gestrickt und die Ereignisse rassistisch instrumentalisiert. Die Zustimmung der Bevölkerung soll insbeson-

dere zu Abschiebemaßnahmen erhöht werden. Die Polizeieinsätze der letzten Monate in Flüchtlingslagern sind Teil der politisch initiierten Hetzkampagne gegen die angebliche „Abschiebeverhinderungsindustrie“ und alle sich solidarisch mit den Geflüchteten zeigenden Menschen. Der Angriff richtet sich gegen Ärzt*innen, die angeblich Gefälligkeitsgutachten erstellen sowie Kirchengemeinden die Kirchenasyl organisieren. Gegen Ärzt*innen und Pfarrer*innen wurden bereits mit Strafanzeigen Kriminalisierungsversuche gestartet. Selbst das Recht gegen Ablehnungsbescheide des „Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge“ Rechtsmittel in Anspruch zu nehmen wird kritisiert und soll weiter eingeschränkt werden. Vor dem Hintergrund der Tatsache, daß die Betroffenen bei Klagen vor den Verwaltungsgerichten zu einem hohen Prozentsatz Recht bekommen, ist dies ein Skandal der nicht skandalisiert wird. Dies bedeutet das Bundesamt entscheidet in einer Vielzahl der Fälle falsch – zu Ungunsten der be-

troffenen. Zur „Abschiebeverhinderungsindustrie“ werden auch Anwalt*innen gezählt, die engagiert die Interessen ihrer Mandant*innen vertreten. Alle werden bereits jetzt mit Repressionsmaßnahmen bedroht, sollten sie ihr „staatsschädigendes Verhalten“ nicht einstellen.

Die Ereignisse von Ellwangen sind Ausdruck einer neuen Qualität der staatlicherseits betriebenen Entrechtung von Geflüchteten. Es ist wichtig die Erzählung der Geflüchteten zu den Ereignissen ernst zu nehmen. Erste Gerichtsverfahren haben stattgefunden. Die Urteile orientieren sich ausnahmslos an den zum Teil völlig abstrusen Angaben der Polizeibeamten und sind unverhältnismäßig hart – bis zur Haftstrafe ohne Bewährung. Vor diesem Hintergrund ist auch eine neue Qualität der Solidarität gefragt. Dies betrifft die zahlenmäßige Stärke unserer Solidaritätsaktionen wie die Bereitschaft sich grundsätzlich gegen das Grenzregime und reaktionäre Asylpolitik zu stellen.

Brigitte Kiechle,
Antirassistisches Netzwerk BaWü

Stoppt das Sterben im Mittelmeer! Seenotrettung statt Grenzschutz - Fähren statt Frontex

Die Seebücke ist eine internationale Bewegung, die sich gegen die Behinderung und Kriminalisierung der Seenotrettung, für ein Ende des Sterbens im Mittelmeer und für sichere Fluchtwege einsetzt. Allein im Juni ertranken 629 Menschen auf dem Weg über das Mittelmeer – unter anderem als unmittelbare Folge der Behinderung von privaten Initiativen zur Seenotrettung. Gegen mehr als 20 Helfer wird in Sizilien ermittelt. In Italien, Griechenland und Malta laufen Ermittlungsverfahren u.a. gegen „Ärzte ohne Grenzen“ und „Save the Children“. Zehn der Beschuldigten seien Crewmitglieder des Rettungsschiffs »Luventa«. Tausende sterben auf dem gefährlichen Weg durch die Wüste.

Seebücke: <https://seebuecke.org/en/start/>

„Das Sterben an den Außengrenzen im Mittelmeer könnte von heute auf morgen beendet sein und den kriminellen Schlepperbanden das Handwerk gelegt, wenn sich die Menschen einfach Tickets für die vorhandenen Fähren kaufen könnten.“

Father Mussie Zerai aus Eritrea hat vor über 10 Jahren in Italien die Solidaritätsinitiative „L'Agenzia Habeshia“ gegründet und war danach als „die Telefonnummer“ für Seenotfälle insbesondere der eritreischen Geflüchteten bekannt. Mit seinem Einsatz hat er Tausenden von Bootsflüchtlingen zwischen Libyen und Italien das Leben gerettet. Die Initiative „kein mensch ist illegal“ in Hanau hat - inspiriert von Father Zerai - im Oktober 2014 das Alarm Phone für Geflüchtete und Migrant*innen in Seenot mit aufgebaut. In einer aktuellen Erklärung vom Juli 2018 bezeichnet Father Mussie Zerai die europäischen Lösungen als unzureichend und unmenschlich. Er verweist auf die „Externalisierung von Grenzen, Mauern, Stacheldraht, restriktive Gesetze, Haftanstalten, die die Würde und die Grundfreiheiten der Person verletzen und die Menschen von ihren nicht verhandelbaren Rechten im Namen der Sicherheit entkleiden.“

Watch the med: <http://watchthemed.net/> Mussie Zerai: <http://www.ifor.org/news/2018/6/29/father-mussie-zerai-the-right-of-the-weak-is-not-a-weak-right>

Machen wir Karlsruhe zum „Sicheren Hafen“!

„Auch Karlsruhe liegt am Meer“ - Wir verbinden die Aktionen gegen das Sterben im Mittelmeer mit ganz konkreten Forderungen: Wir wollen, dass Karlsruhe wie viele andere Städte, zum „sicheren Hafen“ wird, aktiv die Aufnahme von Geflüchteten und Geretteten anbietet und Ihnen eine Zukunftsperspektive eröffnet. Wenn die Regierungen in Europa versagen, dann liegt es an den Städten zu handeln! Barcelona, Palermo, Bonn, Düsseldorf und Köln sind schon mit gutem Beispiel vorgegangen. Sie haben ihre Städte zu sicheren Häfen erklärt. Dem sollte sich die Stadt Karlsruhe anschließen.

Wir fordern: Die Aufnahme von Geflüchteten aus dem Mittelmeer in Karlsruhe offensiv anzubieten und Geretteten ein Perspektive zu eröffnen. -

Die Behörden anzuweisen, alle Möglichkeiten zu nutzen, Visa und Gruppenbleiberechte für Gerettete auszustellen. Solche Forderungen sollten in allen Städten und Gemeinden auf die Tagesordnung gesetzt werden. Anbei ein Muster für eine Postkartenaktion: ilkarlsruhe.blogspot.de/2018/09/01/auch-karlsruhe-liegt-am-meer-machen-wir-karlsruhe-zum-sicheren-hafen/

Normalfall Migration

Globale Bewegungsfreiheit oder Globales Gefängnis?

Die Geschichte der Menschheit ist eine Geschichte der Migration. Es gibt wohl keine/n „Deutsche/n“ ohne Vorfahren mit „ausländischen“ Wurzeln. Viele haben Vorurteile gegen Migrant*innen. Dabei war in den vergangenen 200 Jahren Migration für Millionen Deutsche Normalität.

Allein zwischen 1800 und 1914 emigrierten rund 60 Millionen Europäer*innen, darunter sehr viele Deutsche, vorwiegend in die USA. Der Großteil davon wollte einfach der Armut entfliehen und den Kindern eine bessere Zukunft bieten. Genau das, was viele an Geflüchteten kritisieren, sie seien ja nicht „verfolgt“, sondern wollten nur von den besseren wirtschaftlichen Möglichkeiten hierzulande profitieren, haben Millionen Deutsche Auswanderer*innen (Geflüchtete) einst selbst in Anspruch genommen. Und ohne die Gewährung von Bleiberecht hätten die Nazis noch viel mehr Menschen ermordet...

Berühmte Geflüchtete

Albert Einstein, die Schriftsteller Thomas Mann, Heinrich Mann, Oskar Maria Graf, Erich Maria Remarque, Anna Seghers, Ernst Karl Winter und Bertolt Brecht, die Schauspieler Marlene Dietrich, sowie der Regisseur Billy Wilder verließen während des „Dritten Reiches“ Deutschland wegen des Nationalsozialismus und emigrierten. Auch von 1955 bis 1986 suchten jährlich zehntausende Bundesbürger*innen ihr Glück in einem anderen Land. 2004 waren es 150 000 Auswanderer aus Deutschland. „Es ist rätselhaft, dass eine Bevölkerung, die innerhalb ihrer eigenen Lebenszeit solche Erfahrungen gemacht hat, unter dem Wahn leiden kann, sie hätte es, angesichts heutiger Wanderungen, mit etwas noch nie Dagewesenem zu tun.“ So kommen-

tierte Hans Magnus Enzensberger diese „Amnesie“.

Weltweit sind über 60 Millionen Menschen auf der Flucht: Viele fliehen im Kampf für ihr Leben, sie fliehen vor Krieg und Hunger, sie fliehen vor politischer, vor rassistischer, geschlechtsspezifischer oder religiöser Verfolgung oder einfach um sich und ihren Kindern ein Leben in Würde zu ermöglichen. Viele Fluchtursachen haben ihre Ursache in den reichen Staaten des globalen Nordens, z.B. in der EU.

Nur ein geringer Teil fällt dabei unter das „gesetzliche“ Asylrecht - wer seine Kinder vor dem Verhungern bewahren will, als Frau rechtlos gestellt wird, oder wegen Klimaveränderung seine Heimat verlassen muss, soll kein Bleiberecht erhalten.

Es reicht also nicht aus, sich „nur“ gegen die weitere Abschaffung des Asylrechts zu wehren, wir müssen also um nichts geringeres als um Gleiche Rechte für alle Menschen eintreten.

Während jedoch die Grenzen für Bananen, Autos, Waren und Kapital weltweit abgebaut werden zur Sicherung der größtmöglichen Gewinne, werden für Flüchtlinge und Migrant*innen immer mehr und höhere Grenzen aufgebaut und militärisch gesichert. Geflüchtete werden in nützliche und unnütze selektiert oder als Wirtschaftsflüchtling diffamiert. Wir brauchen jedoch Offene Grenzen, gleiche Rechte und globale Bewegungsfreiheit für alle Menschen.

Globale Bewegungsfreiheit beschreibt die Idee, dass sich alle Menschen, frei auf der Erde bewegen können, dass sie leben und sich niederlassen können, wo sie möchten

und dabei gleiche Rechte genießen, ungeachtet ihrer ›Nationalität‹, ihrer ›Staatsbürgerschaft‹ oder anderer Kriterien. So wurde im Februar 2011, während des 11. Weltsozialforums, auf der Insel Gorée nahe Dakar, einem symbolischen Ort des transatlantischen Sklavenhandels, die ›Weltcharta der Migrant*innen‹ proklamiert: »Since we all belong to the Earth, all people have the full right to freedom of movement and settlement on our planet anywhere on this earth. [...] All laws in regard to visas, laissez-passer and authorisations as well as all those limiting the freedom of movement and settlement must be abolished.« (World Assembly of Migrants 2011, zitiert nach Fabian Georgi)

Das heißt aber auch der Einsatz für Solidarity Cities, d.h. alle Menschen, die in einer Stadt wohnen, müssen gleiche gesellschaftliche Teilhabemöglichkeiten in allen Bereichen bekommen, egal ob sie schon immer hier gewohnt haben oder erst hinzugezogen sind. Nährboden für rassistische und nationalistische Hetze ist jedoch auch die real vorhandene mangelnde Perspektive eines nicht geringen Teils der alteingesessenen Bevölkerung oder die Angst vor sozialem Abstieg. Die beste Möglichkeit solch rassistischer Hetze den Boden zu entziehen ist jedoch, dass wir bereits heute gemeinsam streiten für ein gutes Leben für alle, für guten und bezahlbaren Wohnraum, Zugang zu akzeptablen Verdienstmöglichkeiten, Bildung und Gesundheitsversorgung und Teilhabe am sozialen Leben. Die Diskussion um Solidarity Cities muss in diesem Sinne auch der Beginn einer Diskussion um die Selbstorganisation und Selbstverwaltung unserer Städte und unseres Lebens sein.

Wolfram Treiber,
Offenes Antirassistisches Treffen KÄ

Auf welcher Seite stehst Du?

Das Sterbenlassen von Flüchtlingen im Mittelmeer ist bewusster Teil der Abschreckungspolitik, ist Teil des längst erklärten „Kriegs gegen die Flüchtlinge“. Auch die Sahara ist zu einem großen Friedhof geworden. Es gehört zur „Normalität“ der Abschiebepaxis nordafrikanischer Länder, Geflüchtete einfach in der Wüste auszusetzen. Wenn es darum geht, die Menschen an der Flucht zu hindern und sie „zurückzuführen“, sie in einer Situation von Elend, Perspektivlosigkeit und Krieg einzusperren, schreckt die EU und die deutsche Bundesregierung auch nicht vor Zusammenarbeit mit Diktaturen zurück. Und auch vielen, die den gefährlichen Weg in die EU überlebt haben, wird hier ein Leben in Würde verwehrt.

In dieser Zeit genügt es nicht mehr, sich verbal gegen die herrschende Politik der organisierten Unmenschlichkeit auszusprechen, und ab und zu eine Petition zu unterschreiben. Wir müssen unsere Empörung über die herrschende Politik öffentlich machen, auf die Straße gehen, unser Unbehagen in Widerstand verwandeln. Wir müssen in unserem Handeln deutlich machen, dass diese menschenverachtende Politik nicht in unserem Namen erfolgt.

Wer die Kriminalisierung der Seenotrettung und den weiteren Ausbau der Festung Europa befürwortet und vorantreibt ist verantwortlich für das massenhafte Sterben im Mittelmeer und auf den Fluchtrouten. Dabei ist der Unterschied zwischen der europäischen und der nationalistischen Variante der Abschottungspraxis gering. Ob Merkel oder Seehofer, das Ziel ist das gleiche. Das ganze Gerede von Aufklärung, Zivilisation und „europäischen Werten“ ist angesichts der Realität der Flüchtlingsabwehr und Abschiebepaxis an Zynismus nicht mehr zu überbieten. Wo die herrschende Politik jeden moralischen Anspruch verloren hat und die rassistischen Forderungen der Rechten fast ungehindert umgesetzt, liegt die einzig mögliche Antwort in der gesellschaftlichen Mobilisierung all jener, die sich Solidarität und Menschlichkeit bewahrt haben. Die Politik der Abschottung und Entrechtung an den Außengrenzen hat ihr Gegenstück im Inneren mit Demokratieabbau und Ausbau des staatlichen Repressionsapparates. Die herrschende kapitalistische (Un)Ordnung der Ausbeutung wird mit immer neuen Grenzziehungen nach außen wie im Inneren versucht zu verteidigen.

Wir müssen uns entscheiden wo wir in dieser Auseinandersetzung stehen!

Die Aktionen der letzten Monate wie z.B. in München gegen die rassistische Seehofer-Politik, in Düsseldorf gegen das neue NRW-Polizeigesetz, die vielen Seebrücke-Demonstrationen haben ein Zeichen der grenzenlosen Solidarität gesetzt. Die Aktionen haben gezeigt, dass sich das Gefühl der Ohnmacht und der Unsichtbarkeit von Gegenprotesten gemeinsam überwinden lässt.

Setzen wir der Politik der Unmenschlichkeit und rassistischen Zuschreibungen unsere Hoffnung und Rebellion und unser Projekt eines guten Lebens für alle entgegen.

Brigitte Kiechle,
Antirassistisches Netzwerk BaWü

NACHRICHTEN

Initiative für Aktionen zum Tag des Flüchtlings mit großer Resonanz

Am Tag des Flüchtlings, dem 28. September 2018, wird es in ganz Baden-Württemberg eine Vielzahl lokaler Aktionen unter dem Motto „Rettet das Recht auf Asyl!“ geben. Die Initiative hierzu ging vom Flüchtlingsrat Baden-Württemberg aus. In allen Landkreisen Südbadens sind Aktionen geplant. Die Initiator*innen hoffen, dass sich auch aus anderen Teilen des Landes zahlreichen Gruppen beteiligen werden. Wir zeigen Flagge und unseren Standpunkt: Rettet das Recht auf Asyl!

Mittelmeer, Sichere Herkunftsstaaten, AnKER-Zentren: Der Möglichkeit für Flüchtlinge, sicheren Boden zu betreten und ihre Geschichte in einem uneingeschränkt rechtsstaatlichen Asylverfahren darstellen zu können, droht das Ende und damit dem Menschenrecht auf Asyl. Weitere Informationen:

<https://fluechtlingsrat-bw.de/fluechtlingsarbeit-ansicht/aktionen-zur-interkulturellen-woche-und-zum-tag-des-fluechtlings-am-28092018-3709.html>



www.proasyl.de/produkt-schlagwort/tag-des-fluechtlings/

Mehr als 2000 Kinder unter 14 Jahren vom „Baden Airpark“ abgeschoben.

Zwischen Juli'14 und Mai'18 wurden etwa 2000 Kinder bis 14 Jahre vom Flughafen Karlsruhe Baden-Baden (FKB) in die Länder des Balkans abgeschoben. Das entspricht etwa 33 Prozent aller Abgeschobenen. Jugendliche zwischen 14 und 18 Jahre wurden nicht erfasst. Viele wurden in eine Zukunft ohne Bildung abgeschoben. Etwa 40 Prozent der geplanten Abschiebungen konnten zwischen Okt.'16 und Mai'18 auch wegen solidarischer Unterstützung nicht stattfinden. Geplant waren 3.906 Abschiebungen. Laut dem Innenministerium von BW „scheiterten“ 2015, 2016 und 2017 11.747 Abschiebungen. 1.416 Menschen wurden kurzfristig zur „freiwilligen“ Ausreise „genötigt“.

Solidarity City – Eine Stadt für alle!

In mehr als 20 Städten gibt es Initiativen für Solidarity Cities. Städte in denen sich alle frei und ohne Angst bewegen können, in denen kein Mensch nach einer Aufenthaltserlaubnis gefragt wird, in denen kein Mensch illegal ist. In einer Stadt der Solidarität sollen alle Menschen das Recht haben zu leben, zu wohnen, zu arbeiten und Zugang zu Bildung und medizinischer Versorgung haben. Alle Menschen sollen teilhaben und das Stadtleben mitgestalten können – unabhängig von Aufenthaltsstatus, finanziellen Möglichkeiten, Hautfarbe, Geschlecht, Sexualität, Religion,...

Solidarity City: <https://solidarity-city.eu/de/>

Momentan sind 878 Personen bundesweit in Kirchenasyle

Nach einem Beschluss der Innenministerkonferenz im Juni 2018 wurde vom BAMF die Vorgehensweise beim Kirchenasyl in Dublin-Verfahren geändert. Betroffen: Alle Kirchenasyle ab dem 1. August 2018. Diese Verschärfung erschwert erheblich die Gewährung von Kirchenasyl. In Rheinland Pfalz wurden gegen fünf Pfarrer Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaft eingeleitet.

Kirchenasyl: <https://www.asyl.net/view/detail/News/hinweise-zu-verschaerften-verfahrensregeln-beim-kirchenasyl/>

Welcher Skandal in der Außenstelle des BAMF?

Vom „großen“ Skandal eines kriminellen Asylschwindels in der Außenstelle des Bamfs in Bremen ist nicht viel übrig geblieben. In den letzten 18 (!) Jahren wurde lediglich in ca. 10 Verfahren pro Jahr entgegen gesetzlichen Vorgaben des Aufenthaltsrechts entschieden. Eine verschwindend kleine Fehlerquote. Der eigentliche Skandal liegt jedoch darin, dass im verwaltungsgerichtlichen Verfahren ca. 40 % der vom BAMF rechtswidrig abgelehnten Anträge von Geflüchteten aufgehoben wurden.

IMPRESSUM

Solidarity4All wird herausgegeben vom Antira-Netzwerk Baden-Württemberg, c/o Aktion Bleiberecht Freiburg, Adlerstr.12, 79098 Freiburg, info@stop-deportation.de.

V.i.S.d.P. Walter Schlecht Layout und Gestaltung P.M.

SPENDENAUFRAF

Wir bitten dringend um Spenden, damit wir unsere gemeinsamen Projekte finanzieren können – wie z.B. die regelmäßigen Konferenzen, diese Zeitung oder die Demonstration in Karlsruhe.

Spendenkonto: Antira-Netzwerk Baden-Württemberg, Volksbank Breisgau Nord e.G., BIC: GENODE61EMM IBAN: DE75 6809 2000 0000 3615 26

Stichwort: Antira-Netzwerk Baden-Württemberg.